



Türkei bricht Zusagen für Staudamm-Bau

Istanbul – Die Türkei enteignet weiterhin Bauern, deren Land sich auf dem Gebiet des umstrittenen geplanten Ilisu-Staudamms befindet. Damit bricht die Türkei erneut Auflagen der Partnerländer Deutschland, Schweiz und Österreich, die prüfen, ob sie sich an dem Projekt beteiligen. Wie aus Gerichtsunterlagen hervorgeht, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegen, wurde mit Beschluss eines Gerichtes der Stadt Batman vom 6. Mai mehreren Familien aus dem Dorf Kesmeköprü das Land genommen. Die Bauern hatten zuvor ein Kaufangebot der Behörden abgelehnt, weil ihnen die Kaufsumme zu niedrig erschien. Daraufhin hatte das Ministerium für Arbeit und Besiedelung am 22. Januar die Klage auf Enteignung eingereicht. Das Gericht verfügte nun nicht nur die Verstaatlichung des Landes, es kürzte die ursprünglich den Bauern angebotene Entschädigung um 40 Prozent. Die Familien stünden „vor dem Nichts“, heißt es in einer Erklärung der „Stop Ilisu Kampagne“.

Für die Türkei ist der Fall heikel: Wegen vielfachen Bruchs der vereinbarten Auflagen hatten die europäischen Partner Ende 2008 die Verträge zur Gewährung von Exportkreditbürgschaften ausgesetzt und der Türkei eine letzte Frist gesetzt, in der das Land beweisen sollte, dass es sich doch an die Auflagen in den Bereichen Umwelt, Kulturgüterschutz und Umsiedelung halten kann. Die Frist läuft am 6. Juli ab. ttt

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.131, Mittwoch, den 10. Juni 2009 , Seite 8

Fenster schließen ☰